



Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für die Haushaltsjahre 2012/2013

Rede von Stadtkämmerer
Sven Lindemann am
15. November 2011

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung – Finanzielle Situation	Seite 3
Rückblick Haushaltsjahre 2008 bis 2011	Seite 3 - 6
Ausblick Haushaltsplanentwurf 2012/2013	Seite 6 - 10
Haushaltsplanentwurf 2012/2013 – Erträge	Seite 11 - 19
Haushaltsplanentwurf 2012/2013 – Aufwendungen	Seite 19 - 30
Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2010 ff	Seite 30 - 32
Investitionsschwerpunkte	Seite 32 - 38
Schlussbemerkungen	Seite 39

Haushaltsrede des Stadtkämmerers Sven Lindemann zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2012/2013 der Stadt Velbert am 15. November 2011

Einleitung – Finanzelle Situation

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Freitag,
verehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung,
liebe Gäste!

„Bund darf auf 10 Mrd. € mehr Steuereinnahmen hoffen!“ Diese Information hätte noch vor wenigen Jahren in fetten Lettern auf der Wirtschaftsseite jeder Tageszeitung gestanden – am 23. Oktober dieses Jahres blieben die Presseartikel, angesichts Milliarden-Rettungsschirme für den Euro, Randnotizen.

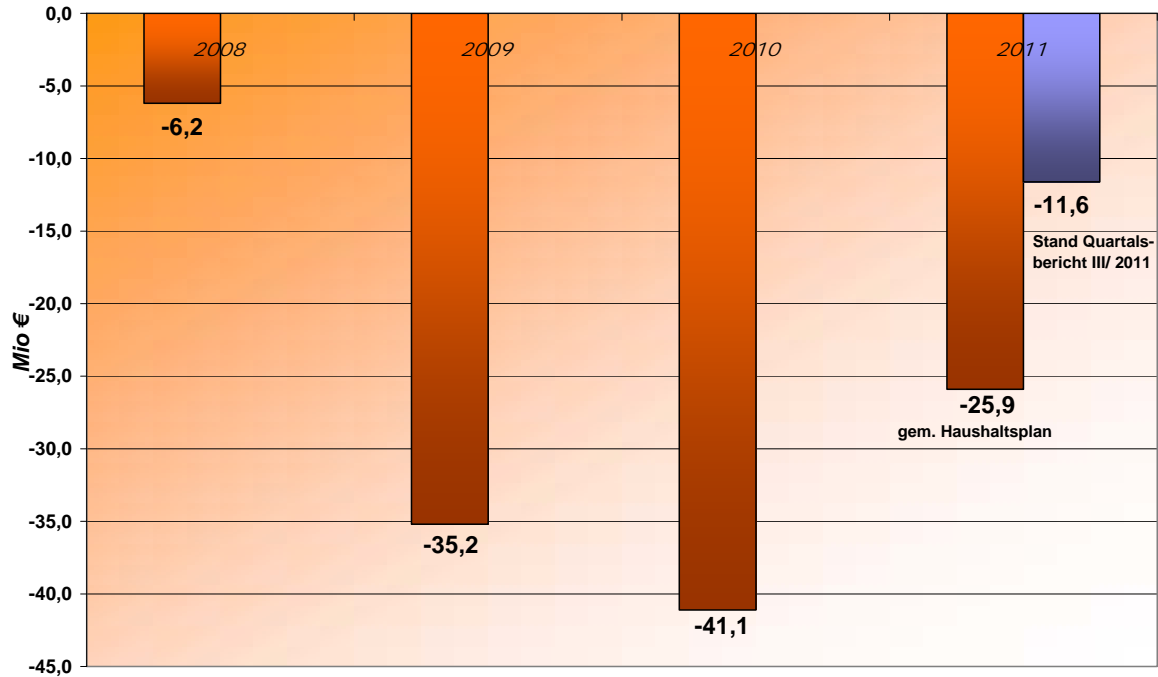
So ähnlich verhält es sich mit dem unerwarteten Zuwachs an Erträgen von bisher rd. 14,3 Mio. € im Velberter Haushalt 2011. Fazit: Für sich allein betrachtet ist das eine hocheureuliche Entwicklung – im Kontext mit drastisch steigenden Soziallasten, unzureichenden Finanzhilfen und unkalkulierbaren Risiken bei den konjunkturanfälligen Steuereinnahmen bedeuten sogar 14,3 Mio. € Haushaltsverbesserung im laufenden Jahr noch keine absolute Trendwende für unseren Haushalt.

Die Zukunftsherausforderung für die nächsten Haushaltsjahre heißt deshalb in Velbert, die Überschuldung um (fast) jeden Preis abzuwenden. Dazu gibt es – und hier ziehe ich wieder die Parallele zu den Beschlüssen auf Bundesebene zur Rettung des Euro – keine Alternative.

Rückblick

Bevor ich zum eigentlichen Thema - unserem zweiten Doppelhaushalt – komme, möchte ich noch einmal kurz auf die dramatische Haushaltsentwicklung von 2008 bis heute zurückblicken.

**Voraussichtliche Entwicklung des Jahresergebnisses zum 31.12.2011
(Saldo aus Erträgen und Aufwendungen)**



In 2008 hatte die Stadt Velbert noch ein freiwilliges Haushaltskonsolidierungsprogramm (FHKP), um die Aufstellung eines pflichtigen Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) zu vermeiden. Eingeplant war ein Fehlbetrag von rd. 10,2 Mio. €, das Jahresergebnis lag dann bei rd. 6,2 Mio. €. Der Grund für die Verbesserung lag insbesondere in der günstigen Entwicklung der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer; allerdings waren in der zweiten Jahreshälfte bereits erste Auswirkungen aus der plötzlich eintretenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise (Stichwort US-Investmentbank Lehman Brothers) zu spüren.

In 2009 war die Aufstellung eines pflichtigen HSK leider nicht mehr zu vermeiden. Die Haushaltssatzung wies ein Defizit von rd. 17,3 Mio. € aus; der Haushaltsausgleich war für 2013 vorgesehen. Durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zeichnete sich im Jahresverlauf eine erhebliche Verschlechterung der Ertragssituation ab (insbesondere bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer), so dass zur Gegensteuerung haushaltsbewirtschaftende Maßnahmen beschlossen werden mussten. Das Jahresergebnis 2009 lag bei einem Defizit von sage und schreibe 35,2 Mio. €

Aber es sollte noch schlimmer kommen.

Bei der Aufstellung des folgenden Doppelhaushalts 2010/2011 war Fakt, dass die Stadt Velbert zu den sog. Nothaushaltskommunen zählen würde, die ganzjährig den Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung unterliegen würde. Das heißt: es durfte nur noch Geld ausgegeben werden, wenn es wirklich unvermeidbar war. Außerdem wurde das Kreditaufnahmevermögen eingeschränkt. Das eingeplante Defizit lag für 2010 bei rd. 41,2 Mio. € und für 2011 bei rd. 25,9 Mio. €. Das strikte HSK 2010 ff. mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs in 2016/2017, das durch die unvermeidbaren strukturellen Einschnitte teils zu erheblichem Widerstand führte (ich nenne nur das Stichwort Nizzabad), konnte erwartungsgemäß von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werden.

Der Haushalt 2010 schloss mit einer Verbesserung von rd. + 0,1 Mio. € praktisch planmäßig ab, auch wenn es – wie in der Jahresrechnung ausgeführt – teilweise Sondereffekte gab (z.B. Bildung neuer Rückstellungen). Das Jahr 2010 war damit finanziell das schlechteste Haushaltsjahr in der Geschichte der Stadt Velbert. Die Jahresrechnung 2010 soll vom Rat noch in diesem Jahr beschlossen werden.

Im Augenblick können wir erfreulicherweise etwas aufatmen, weil die Entwicklung in 2011 besser verläuft als erwartet. Nach dem Bericht zum III. Quartal 2011 kann mit einer Haushaltsentlastung für 2011 von rd. 14,3 Mio. € gerechnet werden. Damit würde das Defizit noch rund 11,6 Mio. € betragen. Und ich hoffe, dass es so weitergehen wird, denn das beruhigt nicht nur den Kämmerer!

Die positive Entwicklung der Haushaltsdaten des Haushaltsjahres 2011 ist in erster Linie auf den wirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen, der den Aufholprozess nach der Rezession des Jahres 2009 widerspiegelt. Denn mittlerweile befindet sich das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in etwa auf dem Niveau vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies sind bis dahin gute Nachrichten. Allerdings werden diese getrübt durch die Schuldenkrise im Euro-Raum mit einer großen Verunsicherung der Finanzmärkte und unsicheren Erwartungen für die Konjunktur oder, - wie es der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 2011/2012 ausdrückt –

„befindet sich die Wirtschaft in einem Teufelskreis aus Staatsschulden- und Bankenkrise mit einer Verunsicherung der Märkte durch politische Unwägbarkeiten.“ Die Einschätzung des Sachverständigenrates zu den Beschlüssen des Europäischen Gipfels am 26.10.2011 gehen daher auch eher in Richtung Zeitgewinn, ähnlich wie im Mai 2010, als sich die Europäische Zentralbank zum Ankauf von Staatsanleihen entschloss, um auf diese Weise einen Beitrag zur Entspannung auf den Finanzmärkten zu leisten. Von einer Lösung in der Schuldenkrise kann daher nicht gesprochen werden. Insofern bleibt abzuwarten, ob es nachhaltig gelingen wird, die öffentlichen Finanzen im Euro-Raum zu konsolidieren und das Bankensystem zu stabilisieren.

Glücklicherweise geben die positiven und stabilen Wachstumsprognosen des Arbeitskreises der Steuerschätzer und der Wirtschaftsforschungsinstitute in diesem nach wie vor unsicheren Wirtschaftsumfeld auch für die Haushalts- und Finanzplanung der Stadt Velbert wichtige Orientierungshilfen.

Haushaltsplanentwurf 2012/2013

Trotzdem sieht es bei den städtischen Finanzen insgesamt nicht gut aus. Durch die dramatische Entwicklung in den letzten Jahren wird das Eigenkapital Ende des Jahres nur noch bei rd. 65,7 Mio. € liegen; Sie erinnern sich: am 01.01.2005 sind wir mit rd. 190,9 Mio. € gestartet. Das entspricht einem Rückgang um rd. 66 %! Alleine in den letzten beiden Jahren haben wir Eigenkapital in Höhe von rd. 76,3 Mio. € verbraucht. Und der Abbau wird sich bis zur Trendwende – also bis wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können – fortsetzen.

Im Gegenzug zum Eigenkapitalabbau steigt natürlich die Verschuldung unserer Stadt, denn die Defizite müssen – soweit sie zahlungswirksam sind - finanziert werden. Anfang 2005 bestanden Kreditverbindlichkeiten – also Investitions- und Liquiditätskredite – in Höhe von rd. 165,9 Mio. €, zum Jahresende 2011 werden es voraussichtlich rd. 247 Mio. € sein.

Dies vorausgeschickt komme ich jetzt zum eigentlichen Kernthema, dem Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013.

Neue Form

Der Haushaltsplanentwurf, der Ihnen heute vorgelegt wird, erhält durch die Neuorganisation der Verwaltung, die wir im Verlauf dieses Jahres vollzogen haben,

ein etwas verändertes Gesicht. In den noch insgesamt 10 Budgets (einschließlich Deckungsbudget) sind nun alle Informationen gebündelt, die Sie für eine aufgaben- und produktspezifisch orientierte Haushaltsberatung benötigen.

Dazu gehören z.B. die Ihnen seit Jahren vertrauten Leistungsdaten, aber auch die Erläuterungen zu den Teilergebnis- und Teilfinanzplänen. Deshalb wird Ihnen das Druckbild eines Budgets zunächst fremd erscheinen. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass bei notwendigen Prozessoptimierungen in der Verwaltung auch vorm Haushaltsplan nicht Halt gemacht werden kann.

Zur Unterstützung Ihrer Arbeit finden Sie in den „zusätzlichen Haushaltsunterlagen“ einen Katalog, in dem alle Produkte der 10 Budgets beschrieben und mit der jeweiligen Ergebnisplanung verknüpft sind.

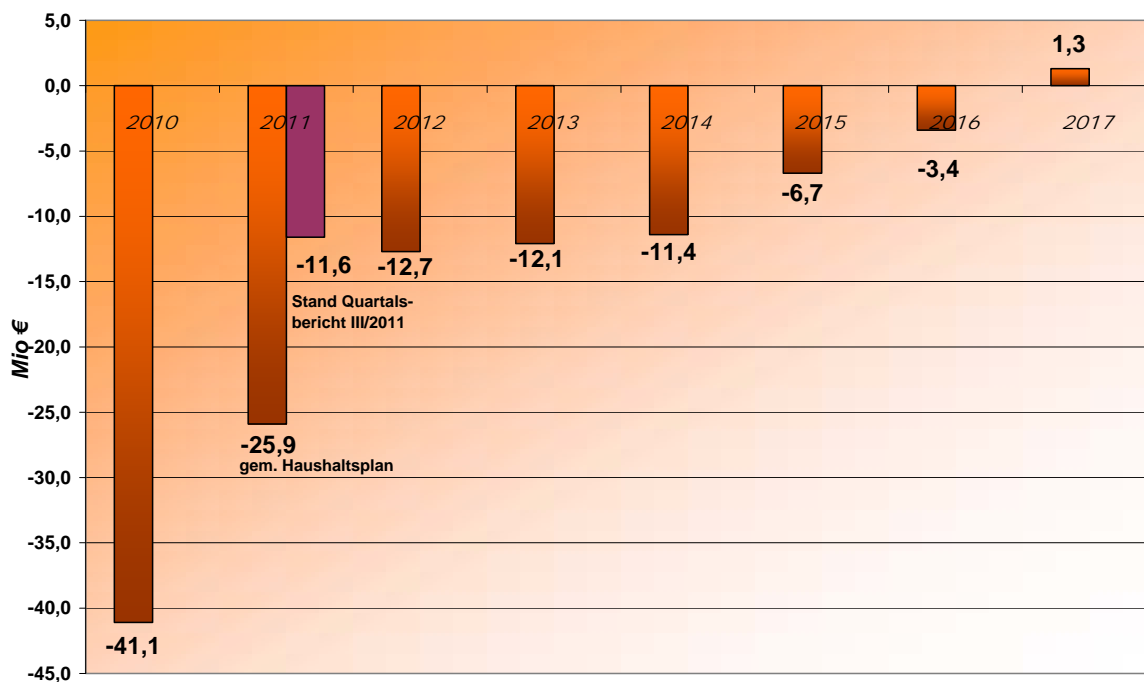
Lassen Sie mich nun zum – leider recht trockenen – Zahlenwerk des Haushaltsplanentwurfs 2012/2013 kommen.

Zahlenwerk

Wie ich bereits zu Beginn meiner Rede ausgeführt habe, besteht trotz der leicht verbesserten Ausgangslage für die nächsten beiden Haushaltsjahre – und leider auch für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum - kein Grund zur Entwarnung!

Zunächst gibt es die positive Nachricht, dass es mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 gelingen wird, das jährliche Defizit der Stadt Velbert kontinuierlich zu reduzieren und das Jahr 2017 mit einem Überschuss in Höhe von voraussichtlich 1,3 Mio. Euro abzuschließen. Somit wäre die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2010 ff. und folglich der Doppelhaushalt 2012/2013 genehmigungsfähig.

**Voraussichtliche Entwicklung des Jahresergebnisses zum 31.12.
(Saldo aus Erträgen und Aufwendungen)**

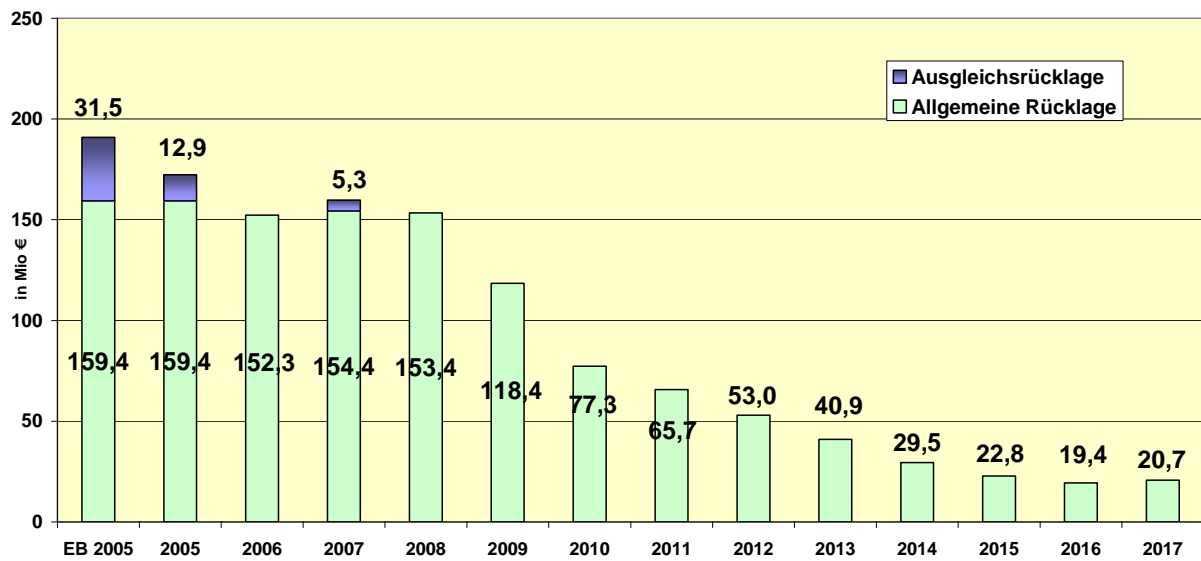


Damit dürfte nach zwei Jahren die Nothaushaltszeit verlassen werden und ein großes Stück Selbstverwaltung und Handlungsfreiheit für die Stadt Velbert zurück erlangt werden.

Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt und unter der Voraussetzung, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Velbert im Planungszeitraum gewogen sind, wird es voraussichtlich gelingen, die Überschuldung der Stadt Velbert abzuwenden. Dies bedeutet aber, dass bereits geringste negative Ausschläge sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen diese Situation ins Gegenteil verkehren werden.

Gemäß der mittelfristigen Finanzplanung wird das Eigenkapital der Stadt Velbert im Jahre 2017 allerdings nur noch rund 20,7 Mio. € betragen und damit lediglich rd. 11 % des noch im Jahre 2005 vorhandenen Eigenkapitals in Höhe von 191 Mio. Euro umfassen.

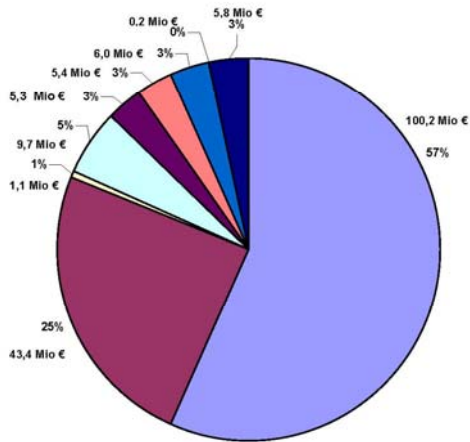
Voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals zum 31.12.
(Stand Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013)



Daher ist es eine Verpflichtung, den Konsolidierungskurs der Stadt Velbert auch zukünftig fortzusetzen.

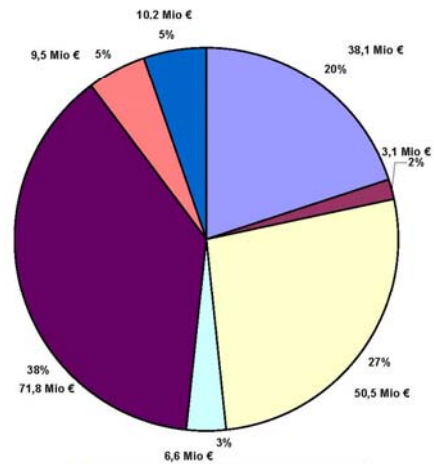
Nun zum Zahlenwerk:

Erträge 2012 = rd. 177,1 Mio €



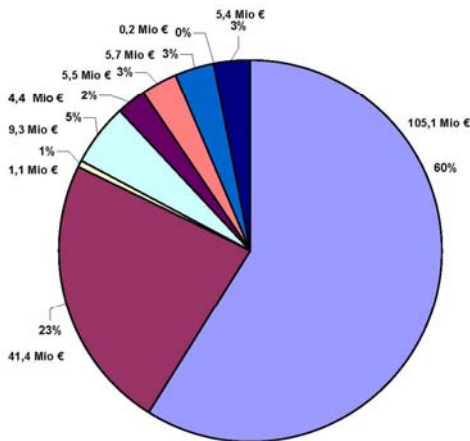
- Steuern und ähnl. Abgaben = 57 %
- Zuwendungen und allgem. Umlagen = 25 %
- sonst. Transfererträge = 1 %
- Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte = 5 %
- Privatrechtl. Leistungsentgelte = 3 %
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen = 3 %
- Sonst. ordentliche Erträge = 3 %
- aktivierte Eigenleist./außerord. Erträge = 0 %
- Finanzerträge = 3 %

Aufwendungen 2012 = rd. 189,8 Mio €



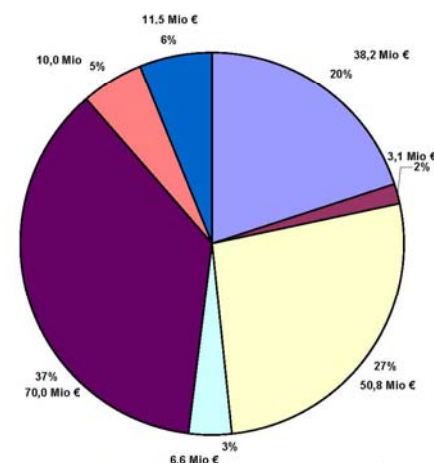
- Personalaufwand = 20 %
- Versorgungsaufwand = 2 %
- Aufwend. für Sach- u. Dienstleist. = 27 %
- Bilanzielle Abschreibungen = 3 %
- Transferaufwendungen = 38 %
- Sonst. ordentl. Aufwend. = 5 %
- Zinsen und ähnliche Aufwend. = 5 %

Erträge 2013 = rd. 178,1 Mio €



- Steuern und ähnl. Abgaben = 60 %
- Zuwendungen und allgem. Umlagen = 23 %
- sonst. Transfererträge = 1 %
- Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte = 5 %
- Privatrechtl. Leistungsentgelte = 2 %
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen = 3 %
- Sonst. ordentliche Erträge = 3 %
- aktivierte Eigenleist./außerord. Erträge = 0 %
- Finanzerträge = 3 %

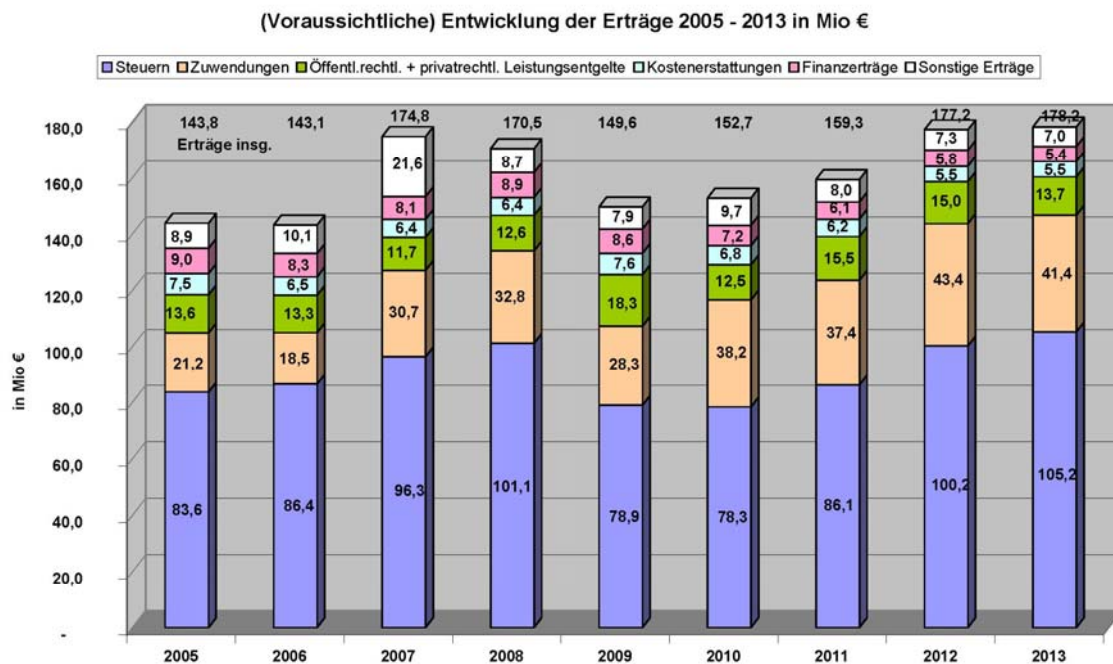
Aufwendungen 2013 = rd. 190,2 Mio €



- Personalaufwand = 20 %
- Versorgungsaufwand = 2 %
- Aufwend. für Sach- u. Dienstleist. = 27 %
- Bilanzielle Abschreibungen = 3 %
- Transferaufwendungen = 37 %
- Sonst. ordentl. Aufwend. = 5 %
- Zinsen und ähnliche Aufwend. = 6 %

Erträge

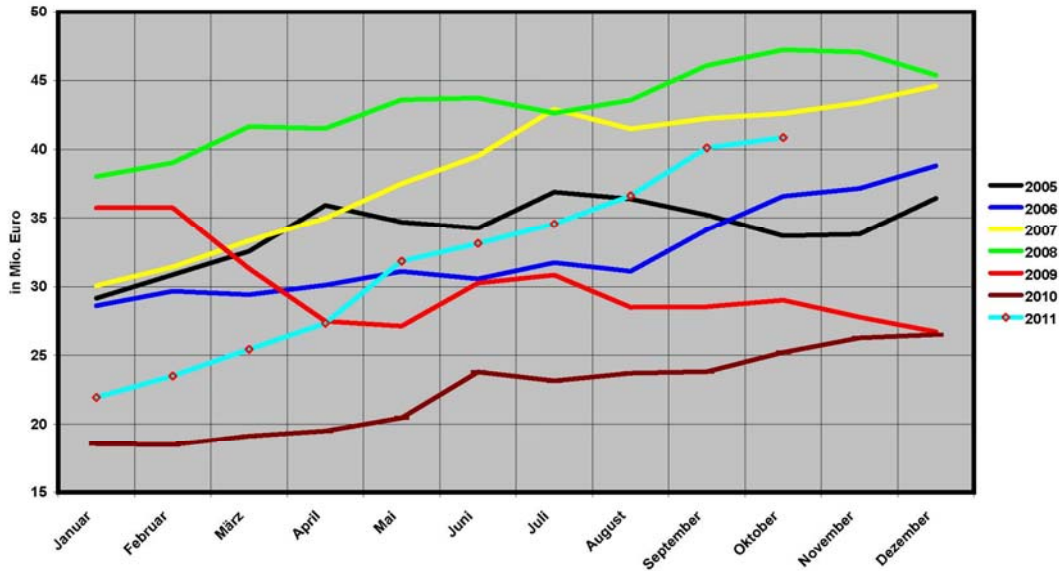
Unter Berücksichtigung der Konsolidierungsmaßnahmen des fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzeptes 2010 (HSK) ff. und einer positiven Entwicklung der maßgeblichen Ertragsarten, werden die Erträge der Stadt Velbert gemäß den Planungen für den Doppelhaushalt 2012/2013 mit rd. 177 Mio. € für das Jahr 2012 bzw. 178 Mio. € für das Haushaltsjahr 2013 - sogar im Vergleich zum Haushaltsjahr 2007 - einen neuen Höchststand erreichen, ohne dass damit ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könnte.



Gewerbesteuer

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2011 verbessert sich bundesweit das in den beiden Vorjahren massiv eingebrochene Gewerbesteueraufkommen deutlich. Die rasche Konjunkturerholung in der Bundesrepublik Deutschland wirkt – mit geringer Zeitverzögerung – auch auf die gewinnabhängigen Steuererträge der Städte und Gemeinden. In Velbert zeigt sich – vor allem im zweiten Halbjahr diesen Jahres - ein unerwartet rascher Anstieg der Gewerbesteuerveranlagungen auf aktuell rd. 41 Mio. €

Entwicklung Gewerbesteuer-Soll, Stand 28.10.2011



Die vorstehende Graphik zeigt, dass die Gewerbesteuerentwicklung in Velbert im Jahresverlauf 2011, beginnend mit einem äußerst niedrigen Gewerbesteuersoll zum Anfang des Jahres, stetig ansteigt und im Oktober nicht weit hinter dem Wert des Jahres 2007 zurückbleibt. Es ist zu erkennen, dass im Haushaltsjahr 2008 ab Oktober die ersten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Rückgang des Gewerbesteueraufkommens geführt haben. Die bisherige Entwicklung deutet darauf hin, dass das Ertragsniveau des Jahres 2008 bei der Gewerbesteuer in Höhe von 46,6 Mio. € sogar im Jahr 2012 annähernd wieder erreicht werden kann. Zum Vergleich:

In der Finanzplanung des Doppelhaushaltes 2010/2011 wurde dieses Niveau erst im Jahr 2013 erreicht. Hintergrund war, dass die Maisteuerschätzung des Jahres 2010 eine Rückkehr zum Gewerbesteuervolumen des Jahres 2008 in den alten Bundesländern noch für das Jahr 2014 prognostizierte. Die Maisteuerschätzung des Jahres 2011 erwartet nun ein Erreichen dieses Niveaus bereits – so wie es nun in der Planung berücksichtigt wurde - für das Haushaltsjahr 2012.

Gewerbsteuerentwicklung 2009 bis 2015 gemäß Mai-Steuerschätzung 2011 im Vergleich zur aktuellen Velberter Finanzplanung

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist-Ergebn.	Ist-Ergebn.	Ist-Ergebn.	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
Gemeinden alte Bundesländer (absolute Zahlen)	37,53 Mrd. €	29,49 Mrd. €	32,56 Mrd. €	35,20 Mrd. €	38,25 Mrd. €	40,75 Mrd. €	42,70 Mrd. €	44,45 Mrd. €
Veränderung in % gegenüber Vorjahr		-21,4	10,4	8,1	8,7	6,5	4,8	4,1
Finanzplanung Velbert	46,60 Mio. €	27,08 Mio. €	28,50 Mio. €	40,80 Mio. €	45,50 Mio. €	48,00 Mio. €	49,50 Mio. €	53,10 Mio. €
Veränderung in % gegenüber Vorjahr		-41,9	5,2	43,2	11,5	5,5	3,1	7,3

Rückkehr zum Volumen 2008 (annähernd)

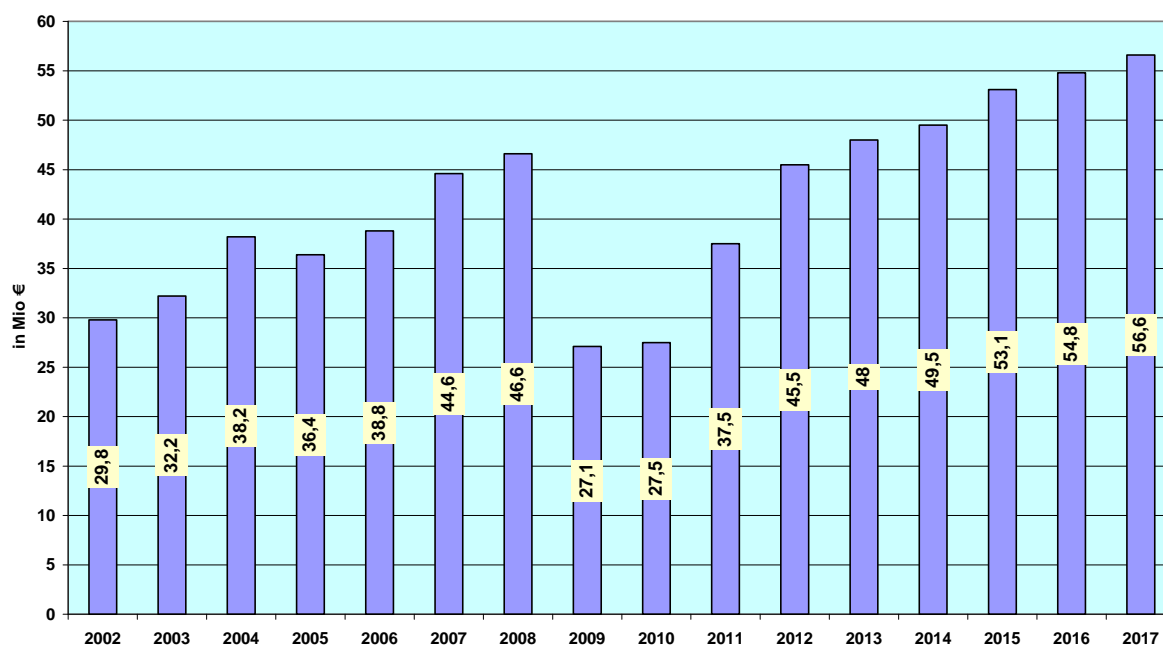
Rückkehr zum Volumen 2008 (annähernd)

In Anbetracht dieser positiven Entwicklung habe ich für 2012 einen Gewerbesteueransatz von 45,5 Mio. € veranschlagt und für 2013 eine weitere moderate Steigerung auf 48,0 Mio. € eingeplant.

Z. Zt. ist davon auszugehen, dass sich die Ertragssituation der Stadt Velbert, nicht zuletzt aufgrund des unternehmerischen Geschicks der Velberter Unternehmerinnen und Unternehmer in der Finanz- und Wirtschaftskrise, nachhaltig stabilisieren kann und das Gewerbesteueraufkommen bis zum Jahr 2017 positive Steigerungsraten aufweisen wird.

Die aktuellen Ansätze bei den Gewerbesteuererträgen habe ich gegenüber der Finanzplanung des Doppelhaushaltes 2010/2011 entsprechend der Berechnung eines geometrischen Mittels gemäß dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK) für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 zurückgenommen. Die Finanzplanung für den Doppelhaushalt 2010/2011 legte in der Spitze für das Jahr 2017 noch Gewerbesteuererträge in Höhe von 61,4 Mio. € zu Grunde. Dieser Ansatz wurde aufgrund der Berechnung des geometrischen Mittels für das Haushaltsjahr 2016 auf 54,8 Mio. € und für das Jahr 2017 auf 56,6 Mio. € reduziert.

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens von 2002 - 2017 (Prognose)



Wie ich zu Beginn meiner Haushaltsrede erwähnt habe, wurden Ende Oktober in verschiedenen seriösen Printmedien und Online-Magazinen für das kommende Jahr Steuermehreinnahmen des Bundes in der Größenordnung von rund 10 Mrd. € gemeldet.

Die Angaben müssen natürlich noch mit aller Vorsicht betrachtet werden, geben aber immerhin Anlass zur Hoffnung, dass sich der Aufwärtstrend bei den kommunalen Steueranteilen an den Gemeinschaftssteuern ebenfalls fortsetzt. Die in den Orientierungsdaten des Landes NRW prognostizierten Steigerungsraten für Einkommen- und Umsatzsteuer (+ 3,0% bzw. + 2,6% von 2011 nach 2012) könnten sich deshalb noch erhöhen.

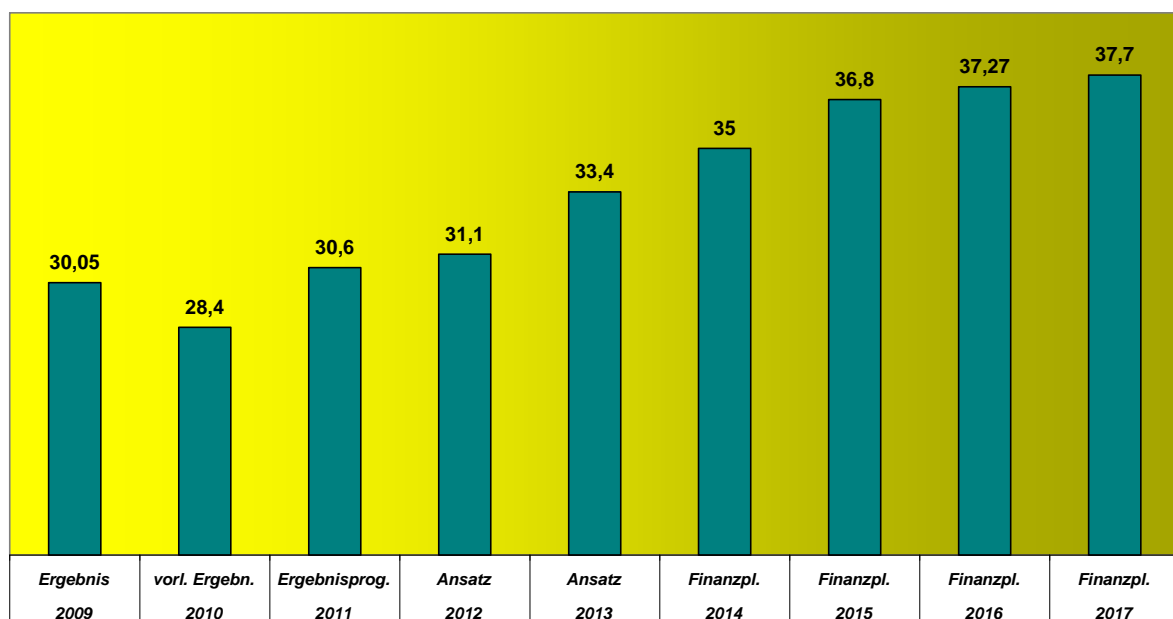
Einkommenssteuer

Für die Haushaltsansätze 2012 und 2013 stütze ich mich deshalb zunächst auf die seit Anfang September vorliegenden Orientierungsdaten des Landes NRW und habe beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für 2012 rd. 31,1 Mio. € und für 2013 rd. 33,4 Mio. € veranschlagt. Bis einschließlich zum Jahr 2015 wurde das Aufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer entsprechend der

Prognosen des Orientierungsdatenerlasses ermittelt. Ab dem Haushaltsjahr 2016 findet das geometrische Mittel Anwendung für die Ansatzermittlung.

Diese Schätzungen sind keineswegs Garantieerklärungen, denn die Steuerschätzer treffen nur in den seltensten Fällen mit ihren Prognosen ins Schwarze. Das hängt übrigens ganz wesentlich mit den ständigen Veränderungen in der Steuergesetzgebung zusammen, die selten vorauszusehen sind und in der Umsetzung oft konzeptlos erscheinen. Hier ein paar Entlastungen für die Arbeitnehmerschaft – Stichwort Pendlerpauschale – dort Geschenke an die Unternehmen zur Förderung des Wirtschafts- und Finanzplatzes Deutschland. Für eine solide Steuerertragsbasis taugt das nicht!

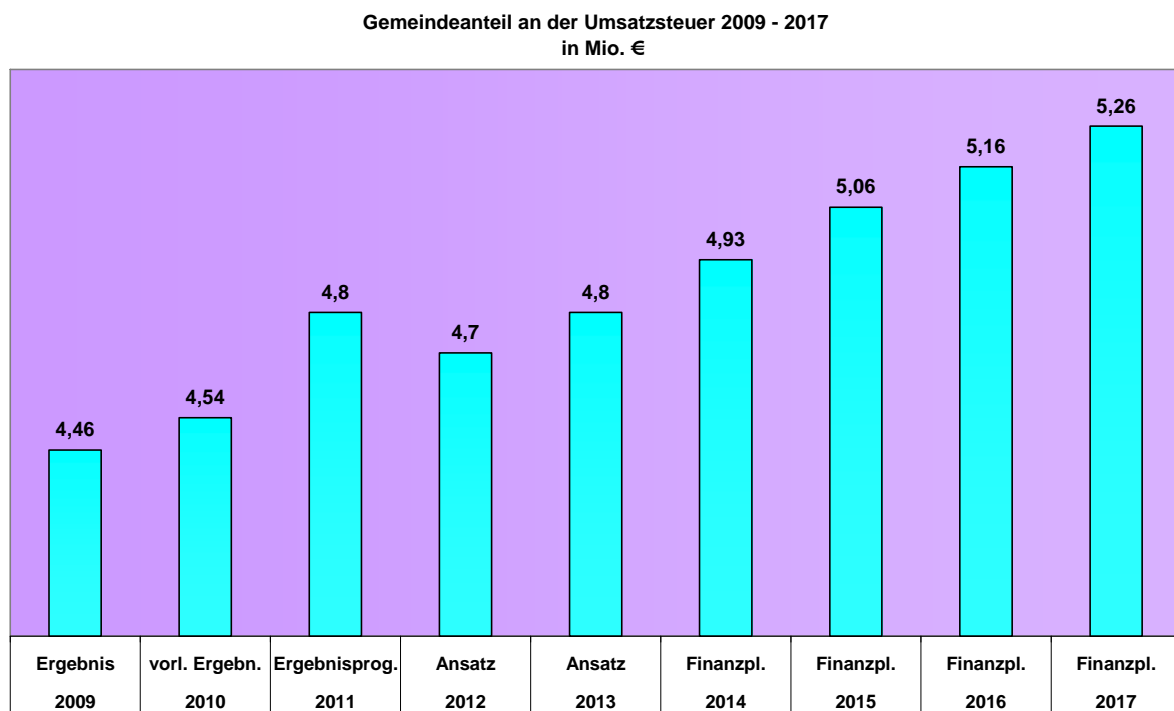
Entwicklung Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2009 bis 2017
(in Mio. €)



Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am 06.11.2011 erklärt, ab 2013 den steuerlichen Grundfreibetrag anzuheben und damit Steuerentlastungen bei den unteren und mittleren Einkommen in Angriff zu nehmen. Bei einem verlautbarten Entlastungsvolumen bundesweit von rd. 6 Mrd. € wäre Velbert – grob geschätzt – mit einer knappen Million Euro beteiligt. Ich lasse bewusst unkommentiert, was ich als Stadtkämmerer davon halte. Aber es zeigt m.E. deutlich, wie weit Berlin von den Problemen der Kommunen tatsächlich entfernt ist.

Umsatzsteuer

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer bleibt mit Ansätzen von 4,7 Mio. € in 2012 bzw. 4,8 Mio. € in 2013 ebenfalls im Bereich der durch das Land empfohlenen Wachstumsraten. Ab dem Haushaltsjahr 2016 wurden die Umsatzsteueransätze ebenfalls nach dem geometrischen Mittel des Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK) ermittelt.



Schlüsselzuweisungen

Nun zu den Schlüsselzuweisungen bzw. zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), denn da tut sich einiges.

Das GFG ist nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs NRW anhand aktueller Entwicklungen, neuen Erkenntnissen und geänderten statistischen Daten in regelmäßigen Abständen anzupassen.

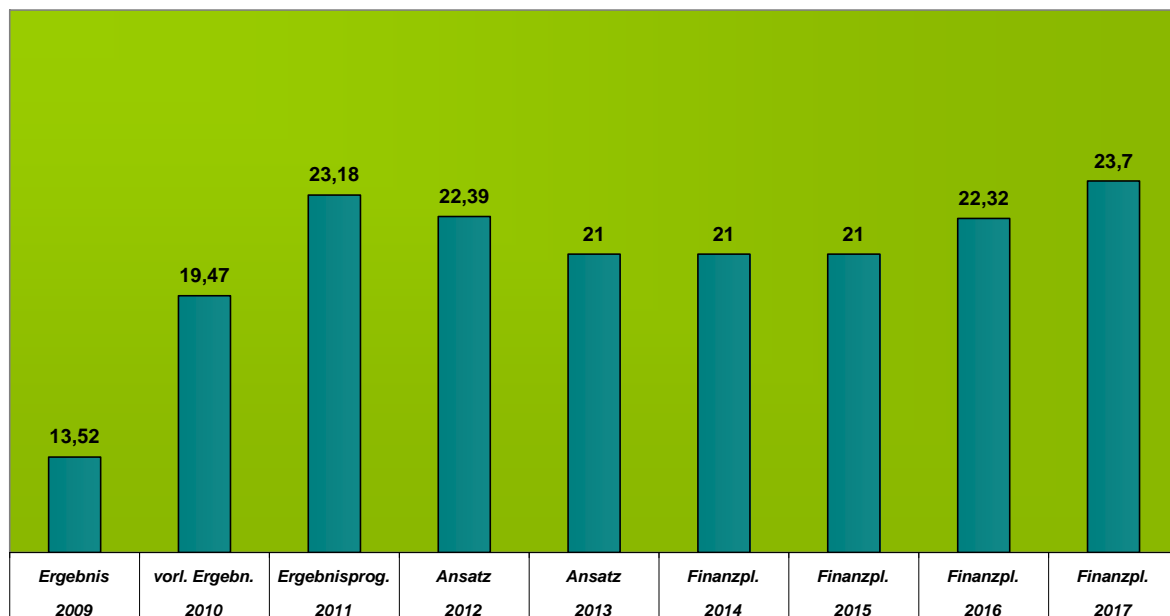
Diesen Auftrag an den Gesetzgeber will die Landesregierung in 2012 erfüllen und hat angekündigt, zahlreiche Bemessungsmerkmale für die Schlüsselzuweisungen teils erheblich zu verändern. Insgesamt ergibt sich bei der Berücksichtigung der Vorschläge für das GFG 2012 eine Umverteilungswirkung bezogen auf die

Festsetzungen nach dem GFG 2011 von 100,3 Mio. € zu Gunsten des kreisfreien und zu Lasten des kreisangehörigen Raums.

Die zahlreichen Veränderungen im Einzelnen zu beschreiben, würde den Rahmen dieser Rede sprengen – ich werde sie deshalb in der nächsten Woche dem Finanzausschuss der Stadt Velbert detailliert vortragen. Wichtig für unsere Haushaltsplanung ist vor allem, dass die Stadt Velbert von dieser Umverteilungswirkung glücklicherweise nur wenig betroffen ist.

Denn nach der seit Mitte Oktober vorliegenden Proberechnung zum GFG 2012 können wir nächstes Jahr mit rd. 22,4 Mio. € Schlüsselzuweisungen rechnen. Das sind rd. 0,9 Mio. € mehr, als ich noch zum Zeitpunkt der ersten internen Haushaltsberatungen Mitte diesen Jahres geschätzt hatte. Für das Haushaltsjahr 2013 muss ich auch aufgrund der Haushaltsplanung im Referenzzeitraum von einer steigenden Steuerkraft der Stadt Velbert ausgehen und somit die Schlüsselzuweisungen reduzieren. Den Haushaltsansatz für das Haushaltsjahr 2013 schätze ich daher in Höhe von 21,0 Mio. €.

Schlüsselzuweisungen 2009 bis 2017
in Mio. €



Stärkungspakt Stadtfinanzen

In engem Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz steht der zurzeit sowohl in den Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden als auch in den Medien kontrovers diskutierte sog. „Stärkungspakt Stadtfinanzen“.

Am 26. August dieses Jahres hat die Landesregierung NRW die Eckpunkte einer auf zehn Jahre angelegten Finanzhilfe für NRW-Städte mit überschuldeten oder von Überschuldung bedrohten Haushalten vorgelegt. Der Gesetzesentwurf für den sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hat das Ziel, zusammen mit der Entlastung der Gemeinden von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund die rasant wachsenden Haushaltsdefizite in Städten mit überdurchschnittlichen Soziallasten und unzureichend eigener Steuerkraft – und den daraus erwachsenden sehr hohen Verschuldungsgraden - mit Bundes- und Landeshilfen nachhaltig zu konsolidieren.

Kernelement sind ab 2011 Landeszuweisungen von jährlich 350 Mio. €. Sie sollen zunächst einem Kreis von insgesamt 30 NRW-Städten zufließen, die bereits überschuldet sind oder denen bis 2013 die Überschuldung droht.

Die Stadt Velbert wird zum jetzigen Stand definitiv nicht zum Kreis der Empfängerkommunen für diese erste Stufe des Stärkungspakts gehören, da wir es mit unserem Haushaltssicherungskonzept erreicht haben, die drohende Überschuldung zunächst abzuwenden.

Als sogenannte Komplementärmittel sollen in 2012 zusätzlich 65 Mio. €, in 2013 bereits 115 Mio. € und ab 2014 bis 2020 jährlich 310 Mio. € bereitgestellt werden. Aus diesem zusätzlichen „Topf“ könnten dann Städte, denen die Überschuldung bis zum Jahre 2016 droht, auf Antrag entsprechende Finanzhilfen erhalten.

Ob wir zum Kreis der Berechtigten für die Komplementärmittel gehören werden, steht noch nicht fest, aber nach derzeitigem Stand des Gesetzesentwurfs ist es wenig wahrscheinlich. Denn zum maßgeblichen Feststellungszeitpunkt (31.12.2010) hatten wir – wie gerade gesagt - in unserem Haushaltsplan bzw. in unserem Haushaltssicherungskonzept die Überschuldung knapp abgewendet.

Die Gemeinden in NRW sollen sich über den kommunalen Finanzausgleich an der Finanzierung des Stärkungspakts beteiligen. Ein besonderer Solidarbeitrag in Höhe von rd. 195 Mio. € jährlich soll den sogenannten abundanten Städten ab 2014 abverlangt werden. Das sind Städte, die wegen ihrer besonders hohen eigenen Steuerkraft keine Schlüsselzuweisungen erhalten.

Bei allen guten Absichten hoffe ich, dass die Stadt Velbert nicht am Ende als Verlierer da steht. So ist politisch sicherzustellen, dass eine Mehrbelastung der Stadt Velbert über eine erhöhte Kreisumlage in diesem Zusammenhang ausbleibt! Könnte die Abundanzumlage nämlich von den Umlagegrundlagen der abundanten Städte im

Kreis Mettmann abgezogen werden, würde die Stadt Velbert eine erhöhte Kreisumlage zahlen müssen!

Die Gesetzgebungsverfahren sowohl für den Stärkungspakt Stadtfinanzen als auch zur Änderung des Sozialgesetzbuches hinsichtlich der Bundesfinanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind erst Mitte dieses Jahres auf den Weg gebracht worden. Insofern kann ich die sich aus dem Gesamtpaket ergebende monetäre Auswirkung für den Haushalt der Stadt Velbert noch nicht belastbar schätzen.

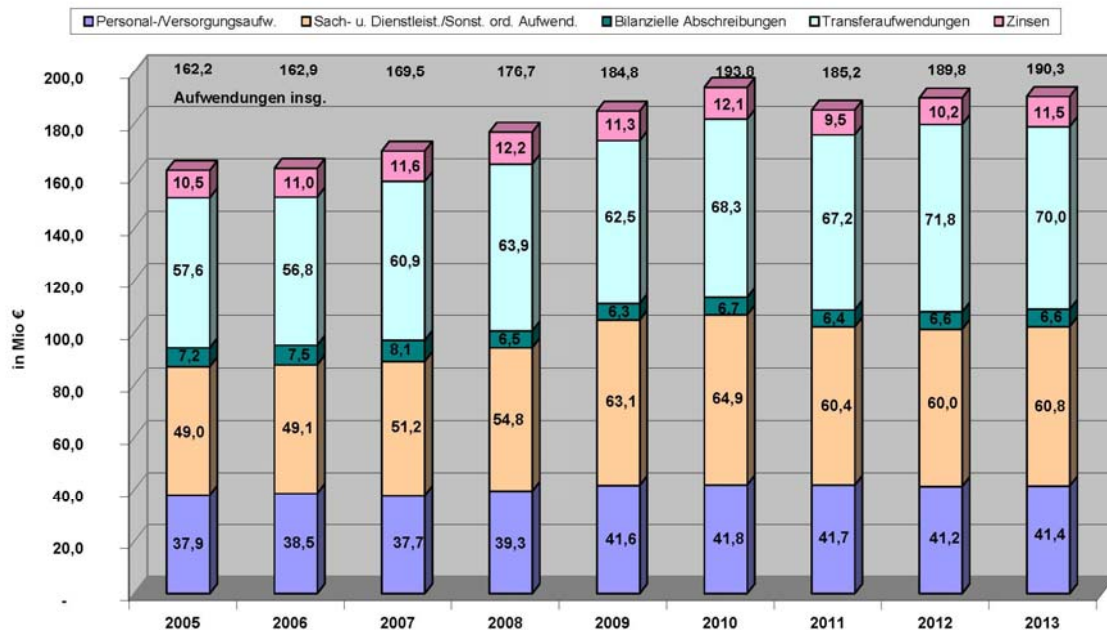
Es muss jedoch objektiv festgestellt werden, dass sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ernsthafte Bemühungen angestellt werden, die Finanzausstattung speziell unterfinanzierter Gemeinden zu verbessern. Die kommunalen Spitzenverbände bewerten die eingeleiteten Schritte bisher ebenfalls positiv.

Massiv kritisiere ich aber die Tatsache, dass Städte wie Velbert, die sich während der beängstigenden Talfahrt 2009/2010 zu schmerzhaften Einschnitten im Leistungsangebot durchgerungen haben, beim Stärkungspakt Stadtfinanzen anscheinend leer ausgehen.

Aufwand

Trotz des umfassenden Haushaltssicherungskonzeptes gelingt es leider nicht, Aufwandssteigerungen so weit zurückzufahren, dass von einer Trendwende bei den Aufwendungen gesprochen werden könnte. Im Haushaltsjahr 2012 plane ich aufgrund der Budgetanmeldungen der Fachbereiche mit Aufwendungen in Höhe von rd. 190 Millionen €. Im Haushaltsjahr 2008 betragen diese noch rd. 177 Mio. €.

(Voraussichtliche) Entwicklung der Aufwendungen 2005 - 2013 in Mio €



Nun zu den wesentlichen Aufwandspositionen:

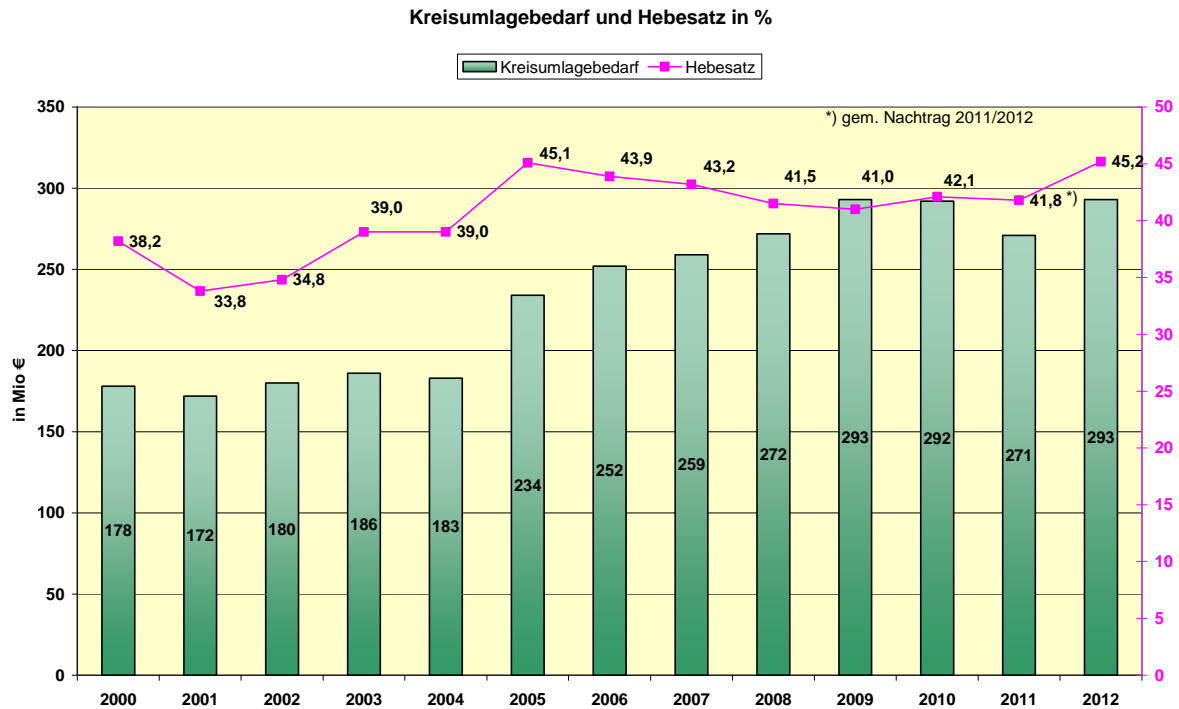
Transferaufwendungen

Zunächst sind die Transferaufwendungen in Höhe von 71,8 Mio. € im Haushaltsjahr 2012 und in Höhe von 70 Mio. € im Haushaltsjahr 2013 zu nennen. Einen gewichtigen Anteil daran wird nach wie vor die Kreisumlage des Kreises Mettmann haben, die vom Kreis Mettmann aufgrund eines Umlagesystems von den kreisangehörigen Gemeinden erhoben wird.

Kreisumlage

Am 20. Oktober dieses Jahres hat der Kreistag eine Nachtrags-Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 beschlossen. Die unerwartete Kreisumlageentlastung ist in erster Linie auf einmalige Sondereffekte, die in Zukunft nicht wieder zu erwarten sind, zurückzuführen.

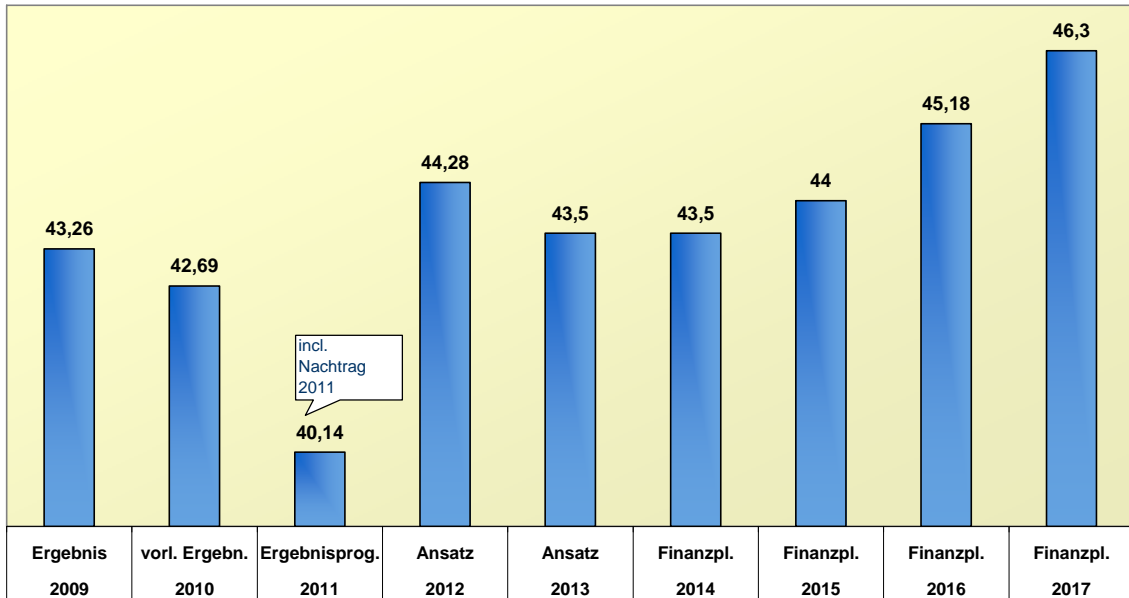
Die Soziallasten im Kreishaushalt – vor allem für die Empfänger von SGB II-Leistungen (Hartz IV) - steigen allein in diesem Jahr gegenüber der Planung vom März um fast 13 Mio. € an.



Ob bei dieser Entwicklung die erwarteten Entlastungen durch die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund ab 2012 als sichere Haushaltsentlastungen bei der Kreisumlage kalkuliert werden können, muss ernsthaft in Zweifel gezogen werden.

In Anbetracht der gestiegenen Umlagegrundlagen 2012, die ich seit Bekanntgabe der 1. Proberechnung zum GFG als Basis für unsere Veranschlagung der allgemeinen Kreisumlage zu Grund legen kann, halte ich für 2012 einen Haushaltsansatz von rd. 42,3 Mio. € für realistisch. Für die Veranschlagung der Kreisumlage 2013 gibt es dagegen noch keine vergleichbaren Schätzgrößen, weswegen ich auf die Finanzplanungsdaten aus dem Velberter Doppelhaushalt 2010/2011 zurückgegriffen und 41,5 Mio. € veranschlagt habe.

Kreisumlage (incl. Berufsschulumlage) 2009 bis 2017
in Mio. €



Ich möchte an dieser Stelle noch mal in Erinnerung rufen, dass ab 2012 der Beitrag des Bundes zur Konsolidierung der Kommunalfinzen wirksam werden sollte und sich diese Effekte im Kreishaushalt widerspiegeln sollten:

2012:

Das Aufwandsvolumen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in 2012 beziffert der Kreis in seinem aktuellen Haushaltsplan auf rd. 29,2 Mio. €. Rechnerisch wäre bei der vorgesehenen 1. Stufe der Kostenübernahme durch den Bund in Höhe von 45% damit ein Entlastungsvolumen im Kreishaushalt von rd. 13,1 Mio. € einzukalkulieren. Tatsächlich veranschlagt der Kreis nur Erträge in Höhe von rd. 10,4 Mio. €.

2013:

In der zweiten Stufe übernimmt der Bund 75% der Kosten der Grundsicherung. Bei einem Finanzplanungswert im Kreishaushalt von rd. 31,7 Mio. € errechnet sich ein Entlastungsvolumen von rd. 23,8 Mio. €. Tatsächlich plant der Kreis nur 20,1 Mio. € Bundesbeteiligung ein.

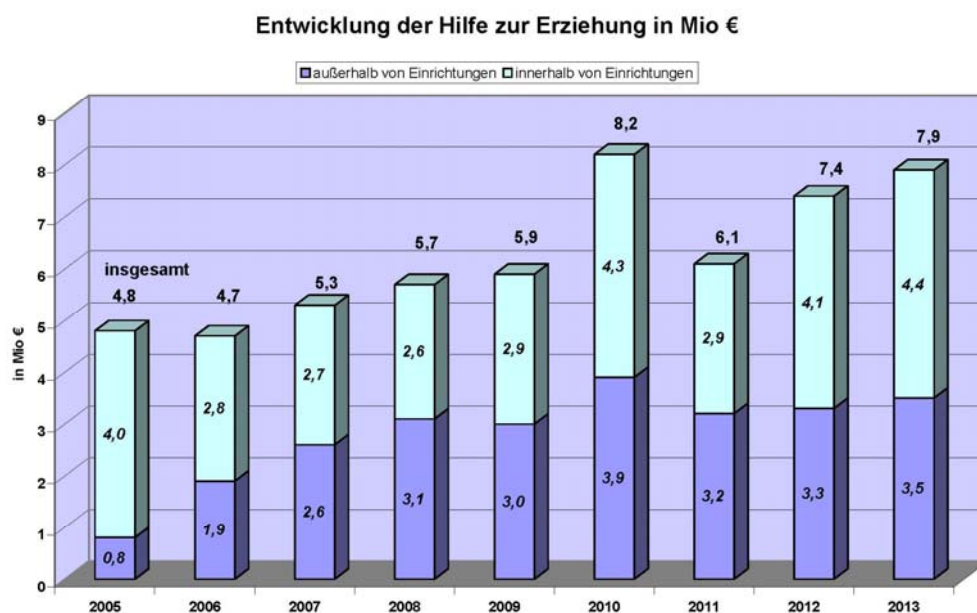
2014:

Die volle Übernahme ist nach den Vereinbarungen in der Gemeindefinanzkommission ab dem Haushaltsjahr 2014 vorgesehen: Aufwand in der Finanzplanung des Kreises = 34,2 Mio. € - Zuweisung 28,5 Mio. €

Die niedrigeren Planungswerte im Kreishaushalt sind übrigens durchaus nachvollziehbar, denn der Bund wird seine Kostenerstattungen nach Ergebnissen aus Vorjahren vornehmen. Zwischen den (steigenden) Aufwendungen und der Kostenerstattung im betreffenden Haushaltsjahr wird deshalb immer eine Lücke klaffen.

Hilfen zur Erziehung

Eine weitere gewichtige Aufwandsposition mit Steigerungsraten in den Transferaufwendungen bilden die Hilfen zur Erziehung. Die gesetzlich normierte Professionalisierung im Kinderschutz sowie einer damit einhergehenden Sensibilisierung der Öffentlichkeit spiegeln den bundesweiten Trend wieder, dass bei möglichen bzw. bestehenden Gefährdungssituationen von Kindern früher eingegriffen wird. Die Verschlechterung der strukturellen Rahmenbedingungen innerhalb der Familien, werden nur langsam angepasst werden können.



Der seit Jahren trotz engagierter und qualifizierter Sozialarbeit abzeichnende Trend der Fallzahlerhöhung wird sich kurzfristig nicht wesentlich umkehren lassen.

Seit dem 01.01.2011 ist es im Bereich der Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen zu einer Steigerung der Fallzahlen von 75 auf 82 Fälle gekommen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen ein Bündel von Einzelpositionen, so dass es für das Gesamtbild wenig aussagekräftig ist, einzelne hervorzuheben. Entscheidend ist meines Erachtens, dass die Planansätze wie im vorangegangenen Doppelhaushalt 2010/2011 bei einem Anteil von 27% der gesamten Aufwendungen verharren und daher moderat steigen.

Personal

Nun zu den Personalaufwendungen. Der Katalog der Haushaltssicherungsmaßnahmen nach dem HSK 2010/2011 enthält für die Jahre 2010 bis 2014 drei wesentliche Maßnahmen zur Reduzierung von Personalkosten. Damit gelingt es die Personalaufwendungen zu stabilisieren.

Zentrale Dienste
Abt. Personal und Organisation

STADT VELBERT

Katalog der Haushaltssicherungsmaßnahmen laut HSK für die Jahre 2010 - 2014 (Auszug)

2014

Liste A	lfd. Nr. 2	Personalkosteneinsparungen durch Nichtwiederbesetzen frei werdender Stellen	1.300.000 €
	lfd. Nr. 3	Stelleneinsparungen aufgrund von Prozessoptimierung und Neustrukturierung der Verwaltung	460.000 €
	lfd. Nr. 11	Abbau von Rückstellungen für Urlaub und Überstunden	300.000 €

Alle Maßnahmen werden erfreulicherweise uneingeschränkt umgesetzt. Der Doppelhaushalt 2012/2013 wird dementsprechend spürbar entlastet. Dennoch führt dies nicht zu einer entsprechenden Reduzierung des Personalaufwandes oder gar der Personalauszahlungen. Tarifierhöhungen sowie die Neueinrichtung von Stellen führen zunächst zu einer Erhöhung sowohl des Aufwandes als auch der Personalauszahlungen. Dabei sind die Neueinrichtungen von Stellen z. B. im neuen Jugendhilfedienst und der Kulturabteilung insgesamt haushaltsneutral; d. h. den zusätzlichen Personalkosten stehen Einsparungen bei Transferleistungen (an freie Träger und die KVBV/KVV GmbH) gegenüber. Gleichzeitig wirkt sich das Ausscheiden von Mitarbeitern teilweise erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Personalkosten aus, z. B. wenn es sich um Fälle der Altersteilzeit handelt. Effekte die auch sichtbar den Aufwand reduzieren werden, werden sich mittelfristig ergeben.

Zinsen und ähnlichen Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen steigen von 5 % an den Gesamtaufwendungen im Haushaltsjahr 2012 auf bereits 6 % im Haushaltsjahr 2013. Der Planansatz des Jahres 2011 wird somit um rd. 2 Mio. € übertroffen, trotz eines nach wie vor moderaten Finanzierungszinssatzes. Die Ursachen liegen maßgeblich in der zu Beginn meiner Rede dargelegten Verschuldungsentwicklung der Kommunen in Deutschland.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung im Jahr 2010 kann für die Kommunal Finanzen bundesweit keine Entwarnung gegeben werden. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen im Jahr 2011 beträgt in den Alten Ländern rund 5 Mrd. €. Damit fällt es im Jahr 2011 zwar geringer aus als noch im Jahr 2010, die ständige strukturelle Schieflage der kommunalen Haushalte wird damit aber mehr als deutlich. Gerade die Entwicklung der Kassenkredite der Kommunen, die zu Jahresbeginn bereits mit einer Steigerung von über 17 % gegenüber dem Vorjahr erschreckende 40,5 Mrd. € erreicht haben, sind ein alarmierendes Warnsignal.

Übersicht 1: Kommunalfinanzen 2010 und 2011 in den alten und neuen Ländern¹⁾

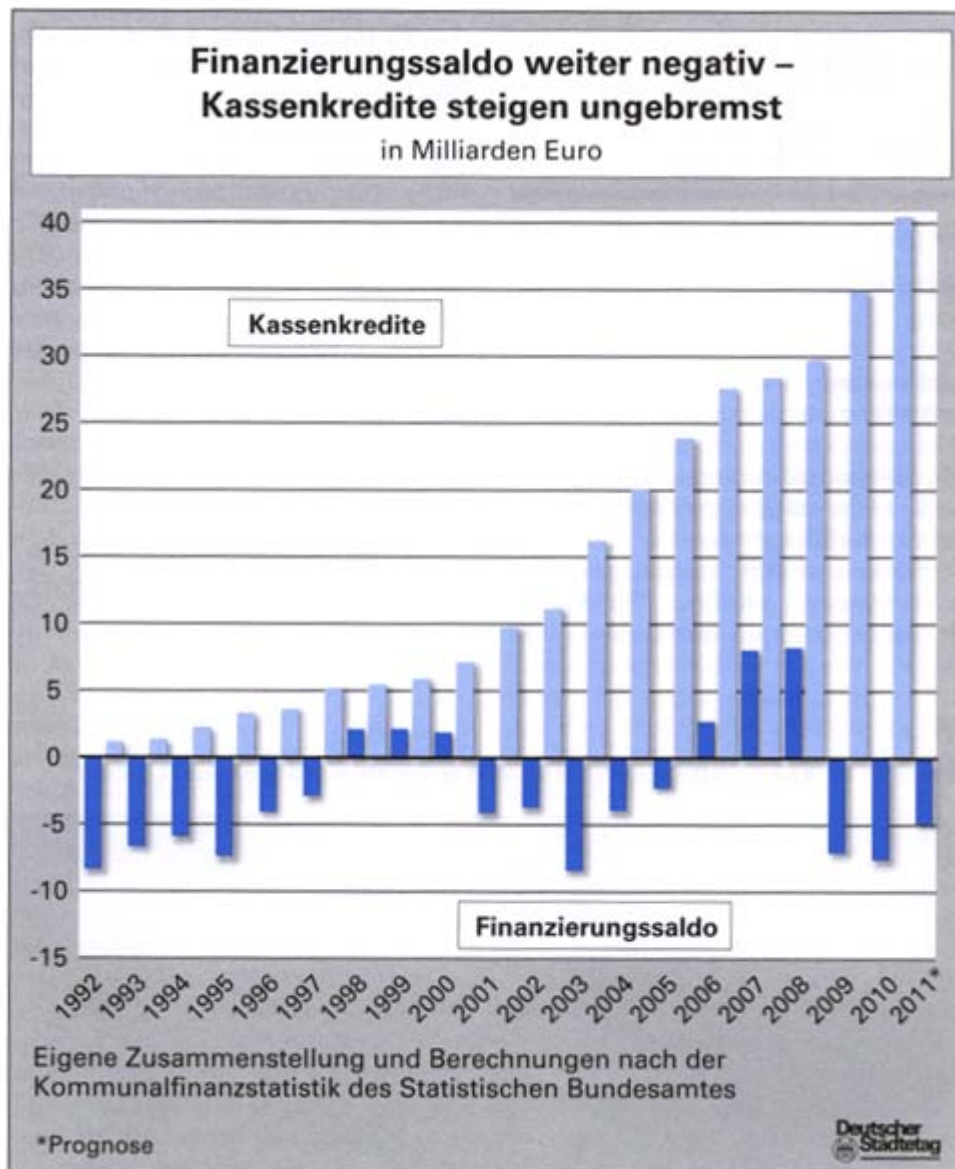
Einnahmen/Ausgaben	Alte und neue Länder			Alte Länder			Neue Länder		
	2010	2011		2010	2011		2010	2011	
	Mrd. Euro		+/- %	Mrd. Euro		+/- %	Mrd. Euro		+/- %
Einnahmen²⁾	174,47	180,90	3,7	145,85	151,63	4,0	28,62	29,27	2,3
darunter:									
Steuern	63,92	66,96	4,7	57,27	59,94	4,7	6,66	7,01	5,4
<i>darunter:</i>									
<i>Gewerbesteuereinnahmen</i>	26,93	29,09	8,0	24,06	25,99	8,0	2,86	3,10	8,2
<i>Einkommensteueranteil</i>	23,02	23,43	1,8	21,02	21,36	1,6	1,99	2,07	4,1
<i>Umsatzsteueranteil</i>	3,26	3,40	4,1	2,80	2,91	4,1	0,47	0,49	4,1
<i>nachrichtlich:</i>									
<i>Brutto-Gewerbesteueraufkommen</i>	32,46	35,14	8,2	29,31	31,69	8,1	3,15	3,45	9,5
Gebühren	16,15	16,45	1,9	14,14	14,42	2,0	2,01	2,03	1,0
Laufende Zuweisungen von Land/Bund	54,74	59,30	8,3	41,81	45,83	9,6	12,92	13,47	4,2
Investitionszuweisungen von Land/Bund	9,75	9,95	2,1	6,44	6,95	7,9	3,31	3,00	-9,3
Sonstige Einnahmen	29,91	28,24	-5,6	26,18	24,49	-6,5	3,73	3,76	0,8
Ausgaben²⁾	182,19	185,86	2,0	153,74	156,63	1,9	28,45	29,23	2,8
darunter:									
Personal	45,24	46,40	2,6	37,51	38,49	2,6	7,74	7,91	2,3
Sachaufwand	38,38	38,18	-0,5	33,09	32,79	-0,9	5,29	5,39	1,8
Soziale Leistungen	42,12	44,67	6,0	35,77	37,78	5,6	6,36	6,89	8,3
Zinsen	4,14	4,22	1,9	3,63	3,70	1,9	0,51	0,52	2,2
Sachinvestitionen	23,07	23,12	0,2	18,67	18,81	0,7	4,40	4,31	-2,0
<i>davon:</i>									
<i>Baumaßnahmen</i>	18,61	18,87	1,4	14,79	15,12	2,3	3,82	3,74	-2,1
<i>Erwerb von Sachvermögen</i>	4,46	4,26	-4,5	3,88	3,69	-5,0	0,58	0,57	-1,0
Sonstige Ausgaben	29,22	29,27	0,2	25,07	25,06	-0,1	4,15	4,21	1,5
Finanzierungssaldo	-7,72	-4,96	x	-7,89	-5,00	x	0,18	0,04	x

1) In den Flächenländern (ohne Stadtstaaten); für das Jahr 2011 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, der Steuerschätzung Mai 2011 sowie Daten aus dem Arbeitskreis des Stabilitätsrats. Differenzen in den Summen durch Rundungen möglich.

2) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser.

Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Entwicklung der Kassenkredite seit dem Jahr 1992 wird in der nachfolgenden Übersicht sehr deutlich veranschaulicht. Seit dem Jahr 2000 haben sich die Kassenkredite der Kommunen von rd. 6 Mrd. € bis Ende des Jahres 2010 nahezu versechsfacht. Wie diese Verbindlichkeiten vor dem Hintergrund negativer Finanzsalden abgebaut werden sollen ist bislang weder auf Bundes-, Länder- oder kommunaler Ebene gelöst. Die Finanzierungshilfen des Bundes und des Landes NRW sind bisher leider nur unzureichend.



Gemeindefinanzbericht 2011 des Deutschen Städtetages

Velbert ist davon leider nicht ausgenommen.

Die Entwicklung unserer Liquiditätskredite ist eine Folge der negativen Jahresergebnisse der letzten Haushaltsjahre. Der Liquiditätsbedarf, der zum 31.12.2010 durch Kassenkredite zu decken war, betrug insgesamt 80,0 Mio. €. Zum Abschluss des Jahres 2011 werden allein für Liquiditätskredite voraussichtlich Zinsaufwendungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro entstanden sein.

Der Zinsaufwand wird infolge der Haushaltsentwicklung zukünftig steigen. Die Finanzplanung für die Jahre 2012 – 2017 ergibt einen zusätzlichen Liquiditätsbedarf in Höhe von 37,4 Mio. Euro.

Aus der Kombination von Festzinsvereinbarungen mit Laufzeiten von 3 bzw. 5 Jahren und variablen Zinsvereinbarungen ergibt sich zum jetzigen Zeitpunkt ein Durchschnittszinssatz von ca. 1,86 %.

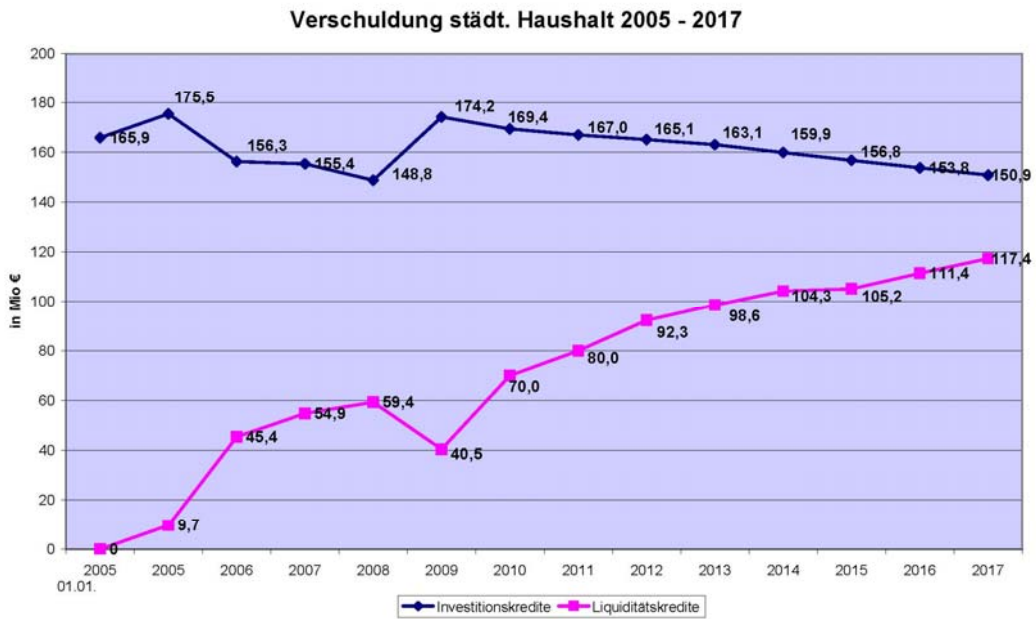
Leider ist nicht davon auszugehen, dass die derzeitige außergewöhnlich günstige Zinssituation dauerhaft anhalten wird. Bereits im Sommer dieses Jahres war damit zu rechnen, dass der Leitzins bis zum Jahresende auf 2,0 % steigen wird. Weitere Erhöhungen im Jahr 2012 waren eine Frage der Zeit. Nur als Folge der aktuellen Finanzkrise ist es bislang nicht zu dieser Entwicklung gekommen.

Eine weitere Erhöhung des Leitzinssatzes um nur 0,25 % hätte bezogen auf den variabel verzinsten Anteil der Liquiditätskredite eine Erhöhung des Zinsaufwandes im Haushaltsjahr 2012 um weitere 115.000 Euro zur Folge. Unvorstellbar und ein Sprengsatz für die öffentlichen Haushalte wäre eine Zinsentwicklung wie in den 80er und 90er Jahren.

Des Weiteren ist zu befürchten, dass infolge der veränderten Kapitalsituation der Banken, diese den Kommunen auf Dauer nicht mehr Kredite zu Sonderkonditionen zur Verfügung stellen werden. Besonders preisgünstige Institute kreditieren bereits jetzt in den meisten Fällen nur noch, wenn ein Haushalt nicht der Haushaltssicherung unterliegt.

Diese Entwicklung ist m.E. äußerst besorgniserregend. Der Schritt zur ersten kommunalen Insolvenz scheint dann nicht mehr weit.

Mein Verständnis endet übrigens, wenn sog. Rechtsexperten bereits jetzt die Diskussion eröffnen, inwieweit das Land für die Verbindlichkeiten der Kommunen haftet. Ich kann nur warnen: Mit der ersten insolventen Kommune wird das öffentliche Finanzsystem in Deutschland kippen. Über die Auswirkungen mag ich gar nicht nachdenken.



Budgets

Der Zuschussbedarf der einzelnen Budgets und damit die Zusammensetzung der Jahresverluste der Jahre 2012 und 2013 lässt sich anhand der nachfolgenden Grafik anschaulich ablesen.

**Zuschussbedarf / Überschuss der Budgets
gem. Haushaltsplan-Entwurf 2012 / 2013:**

1	2	3
Stabsstelle / Fachbereich	2012 €	2013 €
01 – Büro des Bürgermeisters	-1.177.850	-1.128.680
14 – Rechnungsprüfung	-428.610	-393.510
1 – Zentrale Dienste	-3.908.710	-3.771.120
2 - Finanzen	-1.610.650	-1.526.350
3 - Stadtentwicklung	-1.135.210	-2.280.730
4 - Bürgerdienste	-4.960.580	-4.916.450
5 – Jugend, Familie und Soziales	-21.135.950	-21.911.850
6 – Bildung, Kultur und Sport	-11.585.150	-12.314.620
7 - Immobilienservice	-12.012.850	-11.940.140
Deckungsbudget	45.278.300	48.123.750
Stiftungen	15.910	15.910
Summe	<u>-12.661.350</u>	<u>-12.043.790</u>

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2010 ff.

Mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 lege ich Ihnen auch den Entwurf der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 ff. vor.

Sie werden mir sicher zustimmen, dass bereits mit dem Haushaltssicherungskonzept 2010 ff., weitreichende und umfassende Konsolidierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht wurden. Der bisherige Verlauf der Umsetzung der Maßnahmen des HSK 2010 ff. wird kontinuierlich einem Controlling unterzogen. Bislang lässt sich erkennen, dass die Umsetzung erfolgreich verläuft und der Betrag der formell beschlossenen Einsparungen zum HSK 2010 ff. in Höhe von 6.030.710 € für das Jahr 2011 - unter Berücksichtigung der „Übererfüllung“ aus dem Jahr 2010 von rd. 870.000 € - erreicht wird. Ob diese Prognosewerte auch zukünftig tatsächlich und nachhaltig erreicht werden können, bleibt insofern abzuwarten, als dass das 104 Punkte umfassende Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. viele Konsolidierungsmaßnahmen enthält, die Schwankungen unterliegen.

Aber es gibt auch bisher einzelne Konsolidierungsmaßnahmen, die nicht erfolgreich verlaufen. Zur Kompensation solcher Konsolidierungsmaßnahmen, die nicht bzw. nicht vollständig das vorgegebene Entlastungssoll erreichen, werden weitere HSK-Maßnahmen vorgeschlagen. Auch hatten wir eine Pauschalposition im HSK 2010 ff. i.H.v. 500.000 € jährlich ab 2015, die wir nunmehr mit Leben gefüllt haben.

Für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2010 ff. war es maßgeblich, Kontinuität zu wahren und somit die Grundsätze der damaligen Vorgehensweise zur Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes auch bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2010 ff. fortzusetzen. Daher gilt insbesondere mit der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2010 ff. die Aufwandskonsolidierung weiterhin vorrangig zu betreiben ohne allerdings Ertragssteigerungen gänzlich außer Acht zu lassen. Es konnten insgesamt 15 weitere Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 4,2 Mio. € bis zum Haushaltsjahr 2017 ermittelt werden. Ein Schwerpunkt wurde bei der Fortschreibung des HSK 2010 ff. auf die Bewirtschaftung der städtischen Immobilien gesetzt. Die neuen Konsolidierungsmaßnahmen 105, 109 und 111 haben zum Teil die Aufgabe bzw. die Veräußerung von Immobilien zum Gegenstand und dienen damit dem Ziel, den zu unterhaltenden Gebäudebestand weiterhin auf das erforderliche Maß zu reduzieren. Darüber hinaus ist geplant, die Vergnügungssteuer ab dem Jahr 2013 um einen weiteren Prozentpunkt auf 15 % zu erhöhen. Weitere Konsolidierungsmaßnahmen beziehen sich auf die Musik- und Kunstschule, deren Aufwendungen bzw. Zuschussbedarf ab dem Jahr 2014 weiter reduziert werden soll. Damit wird der Musik und Kunstschule ein hinreichender Zeitraum gewährt, um die notwendigen Maßnahmen planen und vorbereiten zu können. Der VHS-Zweckverband wird erneut in die Konsolidierungsbemühungen einbezogen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Konsolidierungsbeitrag aus dem Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. fast vollständig durch Landeszuweisungen kompensiert werden konnte, ohne weitere Maßnahmen einleiten zu müssen. Insofern ist es meines Erachtens dem VHS-Zweckverband zuzumuten, einen eigenen Konsolidierungsbeitrag zu erbringen. An der Auflösung der Stadtbezirke und Bezirksausschüsse halte ich im übrigen fest.

Das fortgeschriebene HSK 2010 ff. wird somit 119 Maßnahmen beinhalten und das Konsolidierungsvolumen wird bis zum Haushaltsjahr 2017 auf rd. 67,8 Mio. erhöht.

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in	in	in	in	in	in	in	in	in
	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.	Mio.
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Einsparungen gem. HSK 2010 ff.		2,5	6,0	8,0	8,5	9,1	9,1	9,4	9,7
<i>nachrichtlich:</i> zum HSK 2010 ff. beschlossene Veränderungen			- 0,02	- 0,04	- 0,04	- 0,04	- 0,04	- 0,04	- 0,04
Zusätzliche HSK- Maßnahmen ab 2012				0,2	0,5	0,8	0,9	0,9	0,9

Maßgebliche Investitionen der Stadt Velbert

Es ist unsere Verpflichtung den Konsolidierungskurs auch zukünftig fortzusetzen, ohne aber die Attraktivität und Entwicklung der Stadt Velbert zu vernachlässigen. Wir dürfen weiterhin nicht vergessen, dass wir die Zukunft derjenigen mitgestalten können, die in Velbert leben, arbeiten, einkaufen oder diese schöne Stadt einfach nur besuchen. Es ist für uns alle eine Herzensangelegenheit, diese lebens- und liebenswerte Stadt noch besser zu machen, als sie heute schon ist.

Daher ist es mir an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass auch für mich das Shopping-Center eine Chance für die Zukunft unserer Stadt ist.

Mut zur Veränderung ist einfacher gesagt als getan. Stillstand ist hingegen - wie schon oft erwähnt – meist Rückschritt. Der Bürgermeister ist sowohl inhaltlich als auch finanziell ausführlich auf das Projekt eingegangen.

Ich möchte diese Ausführungen noch um die Mitteilung der Kommunalaufsicht ergänzen. Sie sieht das Vorhaben, die VHS zu zentralisieren und dem Schloss- und

Beschlägemuseum in der „Villa Herminghaus“ eine neue Heimat zu geben, als geeignet an, durch die erwarteten Synergien und die weitestgehende Vermarktung von Altstandorten positive Effekte für den Haushalt zu generieren.

Ich möchte nicht versäumen, kurz auf die Entwicklungen der letzten Jahre einzugehen, die wir gemeinsam auch im Nothaushaltsrecht noch ermöglichen konnten.

Die Stadt Velbert konnte trotz Nothaushaltsrecht aufgrund des Konjunkturpaketes II, das als Reaktion auf die weltweite Finanzen- und Wirtschaftskrise von der Bundesregierung aufgelegt wurde, seit Mitte des Jahres 2009 insgesamt rd. 7,2 Mio. € in die energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten, aber auch in die energetische Sanierung von Verwaltungseinrichtungen investieren. Mit diesem Konjunkturpaket, das zum Jahresende vollständig umgesetzt sein wird, konnte die Kindertagesstätte „Wiemhof“, saniert werden und zugleich der Ausbau der U3 Betreuung aufgrund eines weiteren Förderprogramms vorangetrieben werden.

Darüber hinaus wurde die Grundschule Nordstadt ebenfalls energetisch saniert und wird noch in diesem Monat nach abgeschlossener Sanierung offiziell übergeben. Die Turnhalle in der Ansembourgallee wird mit einer neugestalteten Außenhülle in „neuem Glanz“ erstrahlen.

Die Heinrich Kölver Realschule wurde bereits im Mai diesen Jahres fertig gestellt und ist damit ein sehr gelungenes Beispiel, wie ich finde, für eine nicht nur optisch sehr ansprechende Fassadendämmung.

Auch die Realschule Kastanienallee konnte bezüglich der energetischen Sanierung weitgehend fertig gestellt werden. Diese Schule hat mit dieser Maßnahme nicht nur eine optische und technische Aufwertung erfahren, sondern wird sicher einen Impuls für den Wohlfühlcharakter bei Schülern und Lehrern gleichermaßen setzen.

Aber auch der Sport ist nicht zu kurz gekommen. Der Sportplatz Waldschlösschen wird mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket in Höhe von rund 2,3 Mio. € den Vereinen eine tolle Heimat bieten. Glücklicherweise hat sich der Rat der Stadt Velbert auch für die energetische Sanierung der städtischen Bibliothek in Velbert-Nevig entschieden, so dass wir mit Abschluss der Arbeiten durch die ansprechende Neugestaltung des Eingangsbereiches und der Fassade, einen Ort gestalten konnten, der zum Besuch und zum verweilen einlädt.

An dem Förderprogramm „Investitionspakt 2009“ hat die Stadt Velbert mit einem 70 %igen Fördervolumen in Höhe von rund 7 Mio. € teilnehmen können. Im Rahmen dieses Förderprogrammes wurde die Kindertagesstätte Kollwitzstraße umfassend energetisch saniert und zusätzlich für die U3 Betreuung ertüchtigt. Bereits am 21.10.2011 konnten sich die kleinen und großen Nutzer mit der offiziellen Übergabe ein eigenes Bild von der sehr gelungenen und funktionalen Gestaltung machen.

Auch die Kindertagesstätte Ahornstraße ist im Oktober 2010 in einem neuen Gewand fertig gestellt worden.

Das größte Projekt im Rahmen des Förderprogramms „Investitionspakt 2009“ ist das Schulzentrum Birth. Die Baumaßnahme umfasst die Grundschule, die Gebäudeteile A bis C des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und die Sporthalle. Ich hoffe, Sie erinnern sich noch an die Präsentation der Fassadengestaltung zum Auftakt der Baumaßnahme oder hatten in letzter Zeit Gelegenheit, den Baufortschritt vor Ort in Augenschein zu nehmen. Mit dieser Investition erhalten wir eine - nicht nur aus energetischer Sicht - sehr moderne Schule, die in diesem Ambiente die Freude am lernen und unterrichten aber auch am Sport garantiert fördern wird.

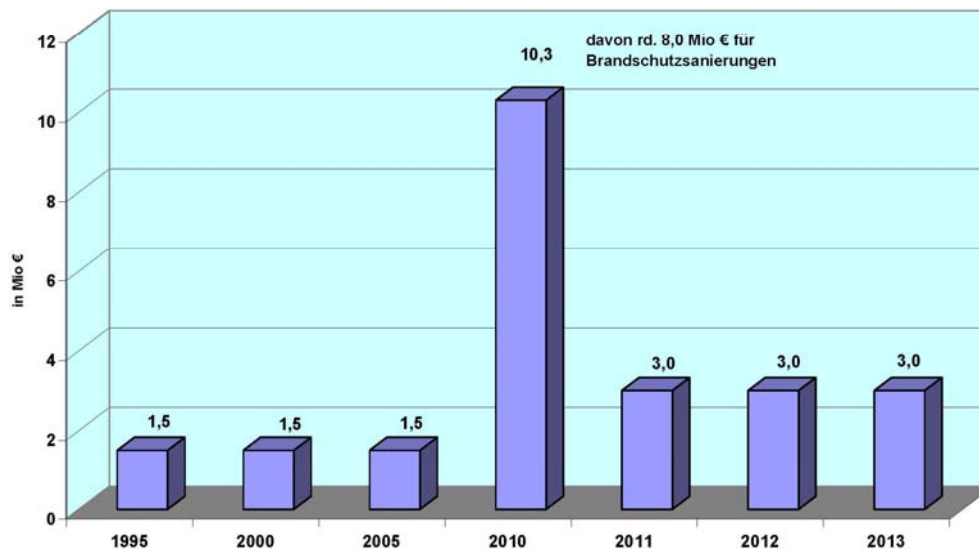
Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die neue Martin-Luther-King Schule, die wir mit einem privaten Partner im Rahmen eines so genannten PPP Projektes neu geschaffen haben. Das Investitionsvolumen für diese hervorragend gelungene Schule schlägt allein mit rund 10 Mio. € zu Buche.

Investitionstätigkeit 2009 – 2011

Konjunkturpaket II	Investitionspakt	Brandschutzsanierung
7,2 Mio €	10,0 Mio €	11,0 Mio €
u.a. Heinrich-Kölver-Realschule Realschule Kastanienallee KiGa Wiemhof Sportplatz Waldschlösschen	u.a. Energ. San. Schulzentr. Birth Kita Kollwitzstraße	u.a. Gymnasium Pannerstr. Geschwister-Scholl-Gymn. Grundsch. Bergische Str.

Abgesehen von einzelnen größeren Baumaßnahmen konnten bzw. mussten wir im Jahr 2010 das Instandhaltungsvolumen des Fachbereiches Immobilienservice auf knapp über 10 Mio. € erhöhen, um in erster Linie unbedingt erforderliche Brandschutzmaßnahmen in städtischen Gebäuden umzusetzen. Auch diese Aufwendungen fließen in erster Linie in die Schulgebäude der Stadt Velbert.

Gebäudeunterhaltung



Damit möchte ich Ihnen aufzeigen, dass allein die Stadt Velbert aus ihrem Kernhaushalt in den vergangenen Jahren viel für den Erhalt der Infrastruktur und insbesondere im Kinder und Jugendbereich umgesetzt hat.

Aber das ist bei weitem noch nicht alles. Denken Sie bitte auch an die Technischen Betriebe Velbert AöR, die neben ihren vielfältigen Aufgaben im Entsorgungsbereich und der Straßeninfrastruktur mit dem Erschließen des Panoramaradweges, der Umgestaltung des Herminghausparkes und in jüngster Zeit des Tiergeheges und mit dem preisgekrönten Freizeitpark Höferstraße viel für den Freizeit- und Erholungswert in der Stadt Velbert getan hat.

Ebenso sind unsere Veranstaltungshäuser in Velbert und insbesondere darunter die Baudenkmäler in den Fokus unserer Aktivitäten gerückt. Zugegebenermaßen nicht ganz freiwillig. Das Bürgerhaus in Langenberg wird von unserem Eigenbetrieb KVBV saniert. Das Investitionsvolumen für die Sanierung beträgt rund 14 Mio. €. Den Eigenanteil für die Sanierung des Bürgerhauses konnte die Stadt Velbert bzw. der KVBV noch vor den Auswirkungen des Nothaushaltsrechts sicherstellen. Der Regionalrat hat zudem die Bedeutung dieses historischen Gebäudes gewürdigt und im April 2011 mit einem einstimmigen Beschluss des Regionalrates das Erhaltungsgebiet historischer Stadtkern Langenberg mit einer Priorität A und einer

Fördersumme in Höhe von 2,5 Mio. € versehen. Damit lässt sich diese Baumaßnahme glücklicherweise weiterführen, so dass wir nicht vor die gleichen Probleme wie mit dem Schloss Hardenberg gestellt werden. Es wäre natürlich zu begrüßen gewesen, wenn wir für das Bürgerhaus Langenberg bzw. den historischen Stadtkern Langenberg die volle Förderersumme bewilligt bekommen hätten. Insofern bleibt die Hoffnung und die Erwartungen, dass Förderzusagen auch in den nächsten Jahren bis zum Abschluss der Baumaßnahme erteilt werden.

Bei der Sanierung des Schlosses Hardenberg ist die Situation leider eine andere. Wir benötigen für die Gesamtmaßnahme rd. 6,5 Mio. €. Davon 4,5 Mio. € für die „Substanzsicherung“ und grob geschätzt rd. 1,0 Mio. € für den Innenausbau sowie rd. 1,0 Mio. € für die Einrichtung und Ausstattung des Museums.

Der nächste Bauabschnitt ist das Rohbaugewerk (Verankerung und Vernadelung des Gebäudes). Sowohl aus fachlichen Erwägungen als auch durch ggf. wegfallende Gewährleistungsansprüche ist eine Aufteilung in mehrere Bauabschnitte bzw. eine Vergabe an unterschiedliche Unternehmer nicht möglich. Dementsprechend stehen wir vor einer grundlegenden Entscheidung: Stellen wir die notwendigen Mittel für den nächsten Bauabschnitt zur Verfügung, oder nicht.

2.400.000 €

- 350.000 € Fördermittel aus 2011

2.100.000 €

- 640.000 € nicht verausgabte Mittel aus dem Haushalt 2010/2011

1.410.000 €

1.400.000 € müssten demnach zur Verfügung gestellt werden. Auch wenn wie geplant in den nächsten 3 – 4 Jahren 50 % der Summe über Fördermittel refinanziert werden könnten verblieben noch 700.000 € Eigenmittel. Und eine Garantie für Fördermittel gibt es wie Sie alle wissen nicht! Ich habe in den Doppelhaushalt 2012/2013 keine weiteren Mittel für die Sanierung des Schlosses Hardenberg aufgenommen. Was das heißt können Sie sich alle denken.

Prioritätenliste

Bitte seien Sie nicht verwundert, dass ich ihnen, anders als sie es vom Doppelhaushalt 2010/2011 kennen, nunmehr eine sogenannte Prioritätenliste unter der Rubrik „zusätzliche Informationen zur Unterstützung der Haushaltsberatungen“ beigefügt haben. Denn obwohl nach dem Wortlaut der Gesetzesänderung zur § 76 GO NRW (Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten) die Aufstellung sog. Dringlichkeitslisten für Investitionen nicht mehr zwingend vorgegeben ist, schlage ich aufgrund der immer noch defizitären Haushaltslage vor, diese selbst auferlegte Disziplinierung bei den Investitionen bis zu der angestrebten Entspannung der Haushaltssituation in 2016/2017 weiter beizubehalten. Dabei darf die Summe der Investitionen die Höhe von 2/3 der ordentlichen Tilgungen nicht übersteigen.

Diese Vorgehensweise ist auch schon deshalb angebracht, weil zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mit absoluter Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass das HSK 2010 ff. einschl. der Ergänzungen aufgrund des enormen Eigenkapitalverzehrs auch wie beantragt oder evtl. nur mit entsprechenden Auflagen genehmigt wird. Im ungünstigsten Fall könnten wir auch weiterhin dem sog. Nothaushaltsrecht unterliegen.

Investitionsschwerpunkte

Geplante investive Auszahlungen:
2012 = rd. 7,3 Mio €,
2013 = rd. 6,4 Mio €

	2012 in Mio € rd.	2013 in Mio € rd.
Fahrzeuge und Geräte Feuerwehr / Notfallrettung / Krankentransport	1,5	1,3
Ausbau U3-Betreuung	0,8	0,2
Zinszuschussdarlehen/Arbeitgeberzinsdarlehen	0,3	0,4
Brandschutzmaßnahmen	1,0	1,2
Ausstattung Schulen mit neuen Medien	0,2	0,3
Grundstückserwerb für Stadtentwicklung	1,0	1,0
Außenanlage Kita Am Schwanefeld	0,3	0,3
Investitionen Schulen	0,5	0,5
	5,6	5,2

Der Restbetrag entfällt auf Geräte/Ausstattungsgegenstände. Außerdem muss unter dieser Position auch 1/10 des Bauinvests für die Martin-Luther-King-Schule = rd. 1,05 Mio € berücksichtigt werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine verehrten Damen und Herren!

Nun habe ich sie lang genug gequält! Ihnen liegt ein Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2012/2013 vor, der die Möglichkeit aufzeigt wieder selbstbestimmt zu agieren. Wir sollten allerdings nicht vergessen, dass die positive Steuerentwicklung maßgeblich dazu beiträgt. Euphorisch zu reagieren ist allerdings gänzlich falsch. Unser Finanzierungssaldo, steigende Sozialausgaben von Bund, Land, Landschaftsverband, Kreis und zuletzt auch der Städte lassen uns nachdenklich in die Zukunft schauen. Es gilt übergreifend noch einige Probleme zu lösen!

Danke Herr Bürgermeister und Danke auch meinen Kollegen im Verwaltungsvorstand für die loyale Zusammenarbeit in diesen schwierigen Zeiten. Danke auch an die Kolleginnen und Kollegen aus den Fachbereichen und Stabsstellen die mich und den Fachbereich Finanzdienste in den letzten Monaten unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches Finanzdienste. In diesen turbulenten Zeiten war und ist es wichtig, Menschen um sich zu haben, auf die man sich als Kämmerer verlassen kann.

Danke sehr Herr Lukrafka Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren des Stadtrates, Ihnen wünsche ich viel Kraft und Erfolg bei den Haushaltsberatungen. Vor allem hoffe ich, dass viele von ihnen den Mut haben werden, den beschrittenen Weg konsequent fortzusetzen. Das ist wie gesagt m.E. alternativlos.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.